Morgen-Ausgabe

Einzelpreis 10 Pfennig

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

In ganz Halle die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Jahrgang 219 — Nr. 268 a

Bezugspreis: monatlich 2 G.-M., bei 2maliger Zustellung 2,20 G.-M., ausschließlich Zustellungsgebühr. Postbezieher nehmen amtliche Bekanntmachungen, Briefträger und unsere Austragämter entgegen. — Höhere Gewalt befreit den Verleger von jeder Leistung. Bestellungen werden nur bis zum 25. des Vormonates angenommen.

Halle-Saale

Sonnabend, 13. Nov. 1926

Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile 15 Pfennig. Kleine Anzeigen 8 Pfennig. Familien-Anzeigen 6 Pfennig. Stellengesuche 8 Pfennig. Die 3 gespaltene 90 mm breite Reklame-Millimeterzeile 70 Pfg. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort: Halle-Saale. Für Plazvorschriften u. telephonisch übermittelte Inserate übernehmen wir keine Garantie.

Geschäftsstelle Halle-Saale, Leipziger Straße 61/62. — Fernruf Zentrale 27 801, abends von 7 Uhr an Redaktion 25 609 u. 25610 — Postscheckkonto Leipzig 20 [illegible]

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele Halle-Saale.

Hiertsiefer für höhere Mieten

Preußischer Landtag

Berlin, 12. November. Auf der Tagesordnung stehen kleine Vorlagen. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Lbuch (Komm.) die sofortige Beratung eines kommunistischen Antrages, der sich auf die Feme-Mordprozesse vor dem Schwurgericht in Landsberg bezieht, und das Staatsministerium beauftragen soll, den Landgerichtsdirektor Wesseling, den Vorsitzenden in jenen Prozessen, vom Amte zu suspendieren und wegen Amtsverbrechen und Begünstigung der Fememörder unter Anklage zu stellen. Das Verlangen auf sofortige Beratung scheitert geschäftsordnungsmäßig, da der Abg. Dallmer (Dntl.) Widerspruch erhebt. (Großer Lärm bei den Kommunisten und Rufe zu den Deutschnationalen: „Begünstigung der Fememörder! Ihr seid die Fememörder!") Ein kommunistischer Antrag, der sich gegen die, durch den preußischen Wohlfahrtsminister angekündigte Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft wendet, wird mit der Beratung verbunden. Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Es folgt die Beratung eines sozialdemokratischen Antrages, der zur Förderung des Wohnungsbaues im Jahre 1927 verlangt, mit denen mindestens 200 000 Wohnungen 1927 in Preußen erbaut werden können.

Abg. Lüdemann (S.P.D.) begründet den Antrag.

Die Abgg. Lüdemann (S.P.D.) und Bartels-Freield (Komm.) kritisierten die angekündigte Verordnung des Wohlfahrtsministers auf Lockerung der Zwangswirtschaft. Die angekündigte Mietserhöhung sei für die Masse unerträglich.

Abg. Hoff (Dem.) begründete einen Aenderungsantrag zu Gunsten der kleinen Gewerbetreibenden für die die bisherigen Bestimmungen der Wohnungszwangswirtschaft aufrecht erhalten werden müßten.

Abg. Dr. Kaufhold (Dntl.) gibt zu, daß eine große Erregung in der Bevölkerung durch die Bestimmungen der Regierung entstanden sei. Die Kleingewerbetreibenden und Ladeninhaber hätten aber übersehen, daß die mit Wohnräumen verbundenen gewerblichen Räume weiterhin geschützt werden. Er lehnt die demokratischen Vorwürfe ab. Die Deutschnationalen seien mit der Ueberweisung des demokratischen Antrages an den Ausschuß einverstanden. Man müsse den Demokraten bei dieser Gelegenheit die Maske vom Gesicht reißen. (Gelächter bei den Demokraten.)

Wohlfahrtsminister Hirtsiefer verweist darauf, daß im vorigen Jahre 80 000 Wohnungen fertiggestellt, und in diesem Jahre voraussichtlich rund 120 000 Wohnungen bezieht würden. Das Wohlfahrtsministerium habe das vom Landtag beschlossene Bauprogramm nicht verzögert. Es seien selbstverständlich Vorschüsse auf die Hauszinssteuer zum Bau zur Verfügung gestellt worden. Ein Teil der Mittel für den Wohnungsbau müsse auf dem Anleihewege übernommen werden. Er habe sich dafür eingesetzt, daß dies in großem Umfange geschehe. Was die Vorwürfe anlange, daß man aus den Mitteln der Hauszinssteuer zu viel große Wohnungen gebaut habe, so verweise er darauf, daß in Berlin 90 Prozent der Wohnungen, die im letzten Jahre mit Hauszinssteuermitteln gebaut wurden, eine Größe bis zu drei Zimmern hätten. Mit seinem Aufruf habe er bezwecken wollen, möglichst früh die Bautätigkeit im nächsten Jahre zu beginnen. Der Minister erklärte dann, unter dem Lärm der Linken, daß man an einer Steigerung der Mieten nicht vorbeikomme. Das sage er ganz offen, selbst wenn es vielleicht unpopulär klinge. Es müssen Mittel gefunden werden, daß durch Lohn- und Gehaltsaufbesserungen ein Ausgleich geschaffen werde. (Lärm links.) Für die Verordnung seien lediglich sachliche Gründe maßgebend gewesen. Bei dem Ueberfluß an großen Wohnungen sei eben die Zwangswirtschaft dafür überflüssig. Die Verordnung sei auch auf Widerruf erlassen, er richte an die Vermieter von großen Wohnungen die Mahnung, die Vernunft zu bewahren, da er sonst die Verordnung wieder zurückziehen werde. Man dürfe im übrigen nicht vergessen, daß die Vermieter an die Bestimmungen des Reichsmietengesetzes in bezug auf die Höhe der Mieten gebunden seien. Die kleinen Ladeninhaber würden von der Verordnung überhaupt nicht betroffen. (Widerspruch links.) Viele gewerbliche Räume stünden leer, und es habe deshalb der Versuch gemacht werden müssen, hier einmal mit der freien Wirtschaft weiterzukommen. Der Minister weist mit Betonung darauf hin, daß, mit Ausnahme von Sachsen, kein Land in Deutschland vorhanden sei, in dem die Verordnung noch nicht durchgeführt sei (Hört, hört rechts.) Er habe sich auch rechtzeitig mit den in Frage kommenden Berufsvertretungen und mit dem Städtetag und Kommunalverbänden in Verbindung gesetzt, die zum großen Teile seinem Standpunkt nebilligt hätten. Auch der preußische Handelsminister Dr. Schreiber habe sich seinem Standpunkte angeschlossen. (Hört, hört! rechts.) Für die Verordnung sei der gegenwärtige Zeitpunkt einer niedrigeren Konjunktur geeignet gewesen und deshalb absichtlich gewählt worden. Daß staatliche Hauszinssteuermittel für Verwaltungszwecke ausgegeben würden, treffe nicht zu. Der Minister, der während seiner Ausführungen dauernd vom Lärm der Kommunisten unterbrochen wurde, schloß mit der Erklärung, daß er es als seine größte Aufgabe betrachte, das Volk aus der Wohnungsnot herauszuführen. (Lachen links.)

Abg. Caspar (Komm.) ruft: „Denkmäler in der Siegesallee!".

Abg. Lange-Dittersbach (Zentrum) begrüßt die Verordnung, für die sich auch das Handwerk und die Handelskammern ausgesprochen hätten.

Abg. Spickernagel (D. V. P.) weist darauf hin, daß die Berufsvertretungen sich mit der Verordnung einverstanden erklärt hätten, und verlangt, daß die Mittel aus der Hauszinssteuer in erster Linie dem Wohnungsbau zugute kämen. Eine Erhöhung der Hauszinssteuer sei jedoch abzulehnen. Man müsse sich über den besten und vorteilhaftesten Typenbau einigen und zu diesem Zweck Versuchssiedlungen errichten.

In der weiteren Aussprache bezeichnete Abg. Haase (W. Ver.) die Rede des Wohlfahrtsministers als logisch und wirtschaftlich möglich. Der Hausbesitz sei nur interessiert an einer auskömmlichen Miete. Der Minister habe nichts anderes getan, als die Wohnungsversorgung in das System einzugliedern, wie es früher war und wie es auch weiter sein werde.

Abg. Ladendorff (W. Ver.) meint, man müsse erst einmal die Wirkung der Verordnung abwarten. Wenn man dem freien Baumarkt die Mittel zur Verfügung stelle, dann würde in kurzer Zeit das ganze Elend beseitigt sein.

Damit schließt die Aussprache. Die Anträge werden der Ausschußberatung überwiesen. — Das Haus stimmt einem Antrag des Landwirtschaftsausschusses zu, der eine gerechtere und einfache Verteilung der Zwischenkredite für die Landwirtschaft fordert. Es folgt die Besprechung von Anträgen des Wohnungs- und Heimstättenausschusses, die das Staatsministerium ersuchen, auf die Reichsregierung zu Gunsten der Bergmannssiedlung und der zahlungsschwächeren Mieter einzuwirken, damit diese durch Hilfe der Kommune vor der Räumungsklage geschützt werden.

Das Haus stimmt den Ausschußanträgen zu. Bei Erledigung von Ausschußanträgen, die die Genehmigung der in mehreren Fällen vom Justizministerium nachgesuchten Strafverfahren gegen Abgeordnete verschiedener Parteien versagen, erklärt Abg. Dallmer (Dntl.) es für unvereinbar mit der Würde eines Abgeordneten, daß er unter dem Schutz der Immunität in Zeitungen verantwortlich zeichne und wegen seiner Ausführungen dann nicht belangt werden könne. — Das Haus tritt dann auch hier den Ausschußbeschlüssen in allen Lesungen bei.

Endgültig verabschiedet wird noch ein Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen Preußen und Anhalt, wegen eines einheitlichen Deichverbandes, für die Hornburger Niederung, ebenso eine Novelle zum Gesetz über die Regelung des Körwesens und des Pferderennenwesens. Weiter stimmt das Haus einigen Anträgen des Landwirtschaftsausschusses zu, wonach eine Ermäßigung des Zinsfußes der Mediorationsdarlehen und eine Herabsetzung der Tilgungsraten, sowie eine Hinausschiebung der Rückzahlungstermine der landwirtschaftlichen Kredite erstrebt und mit der Reichsregierung gepruft werden soll, ob auch in Deutschland der Warenlombard für landwirtschaftliche Produkte reichsgesetzlich eingeführt werden könne. — Das Haus vertagt sich dann auf Dienstag, den 30. November, nachmittags 1 Uhr. Kommunistische Anträge wegen der Landsberger Femeprozesse, Erwerbslosenfrage.

Die preußischen Mietsreformen

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 12. Nov. Die zum 1. Dezember angekündigte preußische Mietsreform, die wenigstens bis zu einem gewissen Grad die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft bringt, wird prinzipiell überall Zustimmung finden. Man darf sich aber nicht darüber täuschen, daß nach der Lockerung die Zwangswirtschaft für den Hausbesitz **keine große Besserung der Rentabilität zu erwarten ist,** vor allem auch deshalb, weil die besonderen Steuern entsprechend mitsteigen, so daß der wesentliche Prozentsatz der Mehreinnahmen aus der Einrichtung **einer gewissen Freizügigkeit** dem Hauswirt selbst nicht zugute kommt, sondern auf dem Steuerweg doch wieder dem Staat und damit hoffentlich der **Allgemeinheit** zufließt. Der praktische Wert der Mietsreform liegt vorwiegend in der **besseren Ausnutzungsmöglichkeit** durch freizügliche Beweglichkeit bei der Vermietung der größeren und gewerblichen Objekte. Darüber hinaus liegt die Bedeutung darin, daß erst jetzt die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, wieder ohne allzu großes Risiko an den **privaten Wohnungsbau** heranzugehen. Vollkommen unverständlich ist die in diesem Zusammenhang von den Sozialdemokraten im preußischen Landtag vorgebrachte Forderung auf Heranziehung der **Landwirtschaft** zur Hauszinssteuer. Während in der Stadt die Hauszinssteuer wenigstens den Sinn hat, daß wieder für städtische Bedürfnisse Mittel zum Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden können, entfällt dieser Sinn für die Landwirtschaft. Hier würde die Erhebung der Hauszinssteuer sich als eine **große unmotivierte Sonderbehelfssteuer** darstellen, die bei der schwierigen Lage der Landwirtschaft wohl einigermaßen **unverständlich** wäre.

Die Regierungsparteien billigen die Abmachungen mit der S. P. D.

Berlin, 12. Nov. Im Reichstage traten am Freitag nachmittag die Vertreter der Regierungsparteien zu einer Besprechung zusammen und billigten die Abmachungen mit der Sozialdemokratie bezüglich der Krisenfürsorge. Die Frage der Regierungsumbildung wurde nicht berührt.

Die Krisenfürsorge im Ausschuß angenommen

Berlin, 12. Nov. Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages nahm heute nach Schluß der Plenarsitzung den Gesetzentwurf über die Krisenfürsorge für Erwerbslose mit den Aenderungsanträgen **der Regierungsparteien und der Sozialdemokraten** gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Kommunisten und Völkischen an. Die Aenderungsanträge der Deutschnationalen, der Kommunisten und Völkischen wurden abgelehnt. Der entscheidende Paragraph lautet nunmehr:

Die Errichtungsgemeinden der öffentlichen Arbeitsnachweise sind verpflichtet, eine Krisenfürsorge für Erwerbslose, die Erwerbslosenunterstützung bezogen haben und ausgesteuert sind, einzurichten. Die Krisenfürsorge ist nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen auch solchen Erwerbslosen zu gewähren, die schon in der Zeit vom 1. April 1926 bis zum Inkrafttreten des Gesetzes wegen Ablauf der gesetzlichen Unterstützungsdauer aus der Erwerbslosenfürsorge ausgeschieden sind. Auch solche nach dem 1. April 1926 ausgesteuerten Erwerbslosen, die seitdem nicht laufend von der öffentlichen Fürsorge unterstützt worden sind, können auf Antrag in die Krisenfürsorge aufgenommen werden. Weiter bestimmt die Vorlage in der jetzigen Fassung: „Für Erwerbslose, die aus der Erwerbslosenfürsorge oder der öffentlichen Fürsorge in die Krisenfürsorge übernommen werden, besteht keine Wartezeit."

Deutscher Reichstag

Berlin, 12. Nov. Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 3 Uhr. Das vorläufige Handelsabkommen mit Finnland und der Vertrag zur Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Lettland werden in zweiter und dritter Lesung angenommen. Die innenpolitische Aussprache wird darauf fortgesetzt.

Abg. Paeth (Dn.) bedauert, daß immer wieder neue Gesetze vorgelegt werden, die vor allem den Mittelstand schwer belasten. Die Bedeutung des Mittelstandes in der Volkswirtschaft werde immer noch nicht richtig eingeschätzt. Der Staat habe das größte Interesse daran, die selbständigen Mittelstandsexistenzen zu erhalten. Darum müsse er mehr als bisher dafür sorgen, daß Mittelstand, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe nicht erdrosselt werden. Der Steuerdruck sei aber unerträglich geworden. Die Erwerbslosenstatistik enthalte nicht die beschäftigungslosen selbständigen Handwerker und sonstigen Angehörigen des Mittelstandes. Diesen notleidenden Mittelstand belege man auch noch mit einer Ausnahmesteuer der Gewerbesteuer.

Als Beispiel führt der Redner den Fall eines Handwerkers an, der bei 4000 M. Einkommen, 4164 M. Steuern habe zahlen müssen. Der Redner tritt für die Förderung des Berufsschulwesens ein und bekämpft die Gründung von Anschaffungsgenossenschaften auf dem Lande. Die 55 Millionen Mittelstandskredite seien nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Unerhört sei es, daß die Stadt Berlin davon 200 000 Mark zu 2—8 Proz. an ein Großunternehmen verliehen habe. (Lebhaftes Hört, Hört!)

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) lehnt den Reichsschulgesetzentwurf der Wirtschaftlichen Vereinigung als oberflächlich und unbrauchbar ab.

Reichsminister des Innern Dr. Külz erklärt, daß bezüglich der Entschädigung der Lehrkräfte geschlossener Privatschulen Verhandlungen mit den Ländern schweben, die bald zu einer befriedigenden Lösung führen werden. Das deutsche Volk, die deutsche Schule und die deutschen Eltern hätten einen Anspruch darauf, daß endlich das Problem des Reichsschulgesetzes gelöst wird, um die Unsicherheit auf diesem Gebiete zu beseitigen. Der Minister kündigt an, daß Ende des Monats, spätestens Anfang des nächsten Monats der Schulgesetzentwurf im Kabinett zur Verabschiedung gelangen werde. Er hoffe, daß die Verabschiedung im Reichstag auf einer möglichst breiten Basis gelingen werde. Nicht nur mit den Stimmen der Mitte, sondern mit einer Mehrheit, die nach rechts und links übergreift.

Abg. Könen (Komm.) sieht in der Rede Dr. Schreibers einen neuen Beweis für die innere Zerrissenheit der Regierungsparteien. Deutlich zeige sich eine Zersetzung der bürgerlichen Parteien. Der Reichstag müsse aufgelöst werden.

Abg. Meyer-Berlin (Dem.) stellt mit Genugtuung fest, daß die Voraussagen des deutschnationalen Schwerstindigen für Prophetie, des Abg. Hergt über das Defizit und die rapide Ausleerung der Reichskasse sich nicht erfüllt hätten. Die Randlinie des Defizits sei der richtige Standort eines Finanzministers.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes über eine Krisenfürsorge für Erwerbslose.

Abg. Rädel (Komm.) protestiert gegen die beabsichtigte überhastete Erledigung dieser Vorlage.

Die Vorlage geht an den Sozialpolitischen Ausschuß. Das Haus vertagt sich auf Sonnabend, 12 Uhr, mit der Tagesordnung: Handelsverträge mit der Schweiz und Frankreich, Luftverkehrsabkommen mit Belgien. Zweite und dritte Lesung der Vorlage über die Krisenfürsorge. Ausschußbericht über den Antrag auf Einstellung des Strafverfahrens gegen sechs kommunistische Abgeordnete, innenpolitische Debatte. Ein völkischer Antrag, am Sonnabend die außenpolitischen Fragen zu erörtern wird abgelehnt. Dabei nimmt Innenminister Külz den Außenminister gegen den völkischen Vorwurf in Schutz, er wolle absichtlich die außenpolitische Debatte hinausschieben. Auch Präsident Loebe stellt fest, daß Stresemann in diesen Tagen bereit wäre, seine außenpolitischen Reden zu halten, und daß nur die Ausdehnung der innenpolitischen Debatte dies unmöglich gemacht hat. Schluß ¾8 Uhr.

Um die Militärkontrolle

London, 12. Nov. In gewissen diplomatischen Kreisen glaubt man, daß der englische Botschafter in Paris, Lord Crewe, den Auftrag hatte, einen Druck auf das französische Auswärtige Amt in der Frage der Alliierten Kontroll-Kommission auszuüben. Es steht fest, daß man in London über den Gang der Dinge nervös ist und die Uebertragung der Kontrolle auf den Völkerbund im nächsten Monat sehr gern sehen möchte. Aber ebenso fest steht auch, daß die französische Diplomatie unter der Leitung des Generals Walch ihrerseits auf London einen Gegendruck auszuüben versucht, und zwar mit dem Hinweis, daß „Deutschland in der Entwaffnungsfrage sein eigenes nach Locarno aufgestelltes Programm nicht innegehalten hat."

Garibaldi wird ausgewiesen

Paris, 12. Nov. Santo Garibaldi, der Bruder von Ricciotti, hatte einen Advokaten beauftragt, die Affäre Garibaldi vor ein ordentliches Gericht zu bringen, da sein Bruder sich von

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192611132-14/fragment/page=0001

den gegen ihn erhobenen Anschuldigungen reinwaschen wolle. Das Ministerium des Innern erklärte jedoch, daß ein Gerichtsverfahren nicht möglich sei, da gegen Ricciotti Garibaldi bereits ein Ausweisbefehl unterzeichnet worden sei, der dem heutigen Ministerrat zur Genehmigung unterbreitet werde.

Hetze gegen die Landsberger Richter

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 12. November. Die Hetze gegen den Landsberger Richter Dr. Weßling nimmt immer groteskere Form an. Wie bekannt, hat sowohl die Staatsanwaltschaft als auch der Nebenkläger, der vom Gericht nicht gerade ausgezeichnete Herr Gädicke und sein Anwalt Löwensohn Revision eingelegt. Zugleich ist der Kronzeuge (Liga für Menschenrechte), der Kunstgewerbler Schmidt, der sich seiner Zeugenpflicht entzog, wieder aufgetreten und behauptet, daß er den steckbrieflich verfolgten Angehörigen des Arbeitskommandos Büsching und Fahlbusch zur Flucht verholfen habe. Gegen ihn wird ein Verfahren eingeleitet, das aber nur dann Erfolg bringen kann, wenn sich besagter Schmidt nicht inzwischen dem Zugriff der Staatsanwaltschaft entzieht. Man sieht in diesen Dingen allmählich den Beweis einer großanlegeten und offenbar mit reichlichen Geldmitteln gespeisten organisierten Hetze, deren Endzweck noch dunkel ist, der aber sehr wohl angesichts der Pariser Verhandlungen auf außenpolitischem Gebiet zu liegen vermag. In den Rahmen dieser Hetze gehört es denn auch, daß nicht nur der Anwalt des Gädicke die Anwaltskammer gegen Dr. Esling mobil machen will, sondern auch den preußischen Richterverein auffordert, sich mit dem Verhalten des Landsberger Vorsitzenden kritisch zu befassen und daß schließlich ein demokratisches Abendblatt, das ganz besonders zu jenen Presseerzeugnissen gehört, über die vom Landsberger Gericht eine vernichtende Kritik ausgesprochen wurde, von einem bevorstehenden Disziplinarverfahren gegen Oberlandgerichtsdirektor Dr. Weßling wissen will. Der Erfolg ihrer Magdeburger Hetze ist der Linken derartig in den Kopf gestiegen, daß sie bei jeder neu sich bietenden Gelegenheit zu den gleichen Methoden greift, so daß schließlich in Deutschland eine Atmosphäre entsteht, daß der, der nicht eine ganz starke Persönlichkeit ist, ein objektives Urteil überhaupt nicht mehr abzugeben vagt.

Moussolini gegen Deutschland

Bukarest, 12. Nov. Im „Cuvantul", einem rechtsstehenden Blatte, veröffentlicht ein Redakteur des Blattes, der kürzlich von Mussolini in Audienz empfangen wurde, ein längeres Interview, aus dem hervorgeht, daß Mussolini sich abfällig über Deutschland äußerte. Wörtlich sagte Mussolini: „Der Sieg ist erreicht worden durch eine enorme Kraftanstrengung und eine enorme Tapferkeit der lateinischen Völker, aber der Friede war die größte Enttäuschung für die Sieger. Das Ziel einer lateinischen Politik macht sich immer mehr fühlbar." Mussolini äußerte sich dann über die lateinische Union, die allein im Sterbe wäre, eine aufbauende Politik zu treiben. Hier sagte Mussolini wörtlich: „Ja, wenn Frankreich aufhören würde, der fehlerhaften demokratischen Ideologie und der Freimaurerei zugetan zu sein, wenn die romanischen Ideologien verlassen würden und es zu dem romanischen Klassizismus zurückkehren würde, dann wäre eine solch demütige Rede wie sie Briand beim Völkerbund anläßlich des Eintritts Deutschlands gehalten hat, eine Unmöglichkeit.

Sprachenkonflikt im Prager Abgeordnetenhaus

Prag, 12. Nov. Im Budgetausschuß des Prager Abgeordnetenhauses kam es zu einem Konflikt, als der Abgeordnete Windirsch vom Deutschen Bund der Landwirte einen Bericht in deutscher Sprache abgeben wollte. Der Vorsitzende, der tschechische Agrarier Bradac unterbrach den Redner zweimal und forderte ihn auf, tschechisch zu sprechen. Windirsch gab darauf eine Erklärung ab, in der er darauf hinwies, daß die deutschen Regierungsparteien durch den Eintritt in die Regierung ihre Bereitschaft bewiesen haben, am Ausbau des tscheche-slowakischen Staates mitzuarbeiten, daß man ihnen aber andererseits auch die technischen Möglichkeiten hierzu geben müsse. Er beantragte Unterbrechung der Sitzung, was der Vorsitzende zusagte. Es fanden dann Beratungen statt, die aber zu keinem günstigen Ergebnis für die deutschen Regierungsparteien führten. Nach Wiederaufnahme der Sitzung versuchte dann der Abgeordnete Windirsch in tschechischer Sprache zu referieren, was ihm aber sehr mühsam gelang. Darauf verlas der Abgeordnete der Deutschen Gewerbepartei, Stenzl, unter denselben Schwierigkeiten ein Referat in tschechischer Sprache. Die deutschen Oppositionsparteien bezeichneten dieses Verhalten der deutschen Regierungsparteien als im höchsten Grade unwürdig.

Die Verhandlungen zwischen Tschitscherin und Ruchdy Bey

Konstantinopel, 12. Nov. Die Verhandlungen zwischen Tschitscherin und dem türkischen Minister Ruchdy Bey haben bereits begonnen. Es sind in der Stadt Odessa zwei Banketts zu Ehren der türkischen Gäste gegeben worden. Tschitscherin, wie auch der türkische Minister, hielten Reden, in denen die Bedeutung der Zusammenkunft betont wurde. Die Sowjetpresse betont, daß die Zusammenkunft eine Antwort auf das Verhalten des Völkerbundes sei. Es solle eine neue Front gegen England organisiert werden. Besondere Bedeutung wird der Revision des Mussolabkommens beigelegt. Es besteht jedoch wenig Wahrscheinlichkeit dafür, daß eine solche Revision schon bei dieser Zusammenkunft sich ermöglichen lassen werde. Auf dem Gebiete der Wirtschaftsfragen soll die Sowjetregierung zu größeren Zugeständnissen gegenüber der türkischen Regierung bereit sein. Die Sowjetregierung unternimmt alle Maßnahmen, um aus dem Vertrag von 1925 einen Akt höchster politischer Bedeutung zu machen.

Aus aller Welt

Schweres Verkehrsunglück in Berlin

Berlin, 12. Nov. Kurz vor 3 Uhr ereignete sich in Berlin ein schwerer Unglücksfall. In der Münzstraße in der Nähe der Alexanderkaserne, am Alexanderplatz, fiel ein im Neubau aufgestellter, eiserner Baukran auf eine, auf der Straße vorbeifahrende Straßenbahn.

Berlin, 12. Nov. Zu dem gemeldeten Bauunglück in der Münzstraße können noch folgende Einzelheiten mitgeteilt werden: Ein Dampfhammer, der für den Untergrundbahnbau Schienen einzurammen hatte, stürzte plötzlich auf die Straße und durchschlug dabei den hinteren Teil des Anhängers einer gerade vorbeifahrenden Straßenbahn. Der Straßenbahnwagen fuhr noch einige Meter weiter, dann stürzte der Hammer auf einen, in entgegengesetzter Richtung kommenden Automobilomnibus. Wie durch ein Wunder wurde nur der Straßenbahnschaffner am Kopfe schwer verletzt. Eine Dame erhielt schwere Verletzungen an der Brust und am Arm, ein dritter Fahrgast leichte Kopfverletzungen. Auf dem Deck des Automobilomnibusses saßen ein Schutzwachtmeister und ein anderer Fahrgast, die beide zwischen Mast und Geländer eingedrängt wurden, ohne daß ihnen etwas passierte. Die Aufräumungsarbeiten gestalteten sich um so schwieriger als auch der Oberleitungsdraht der Straßenbahn mit erfaßt war und infolgedeten der ganze Komplex vom Dampfkran und den übrigen Eisenteilen elektrisch geladen war. Das Unglück ist, nach dem Urteil von Augenzeugen dadurch verursacht, daß in ganz fahrlässiger Weise der Mast durch eine Winde etwas aufgehoben werden sollte, um eine Schienenauswechslung vorzunehmen. Dadurch bekam der Kran sofort Uebergewicht, und stürzte auf die belebte Straße.

Ehetragödie eines Dichters

Falsche Anschuldigungen gegen seine Frau

Konstanz, 9. Nov. Die Affäre des Dichters Wilhelm von Scholz, der in Seeheim am Bodensee einen Landsitz bewohnt, hat im August großes Aufsehen erregt. Scholz, der 52 Jahre alt ist, hatte ein junges Mädchen, die Tochter eines Pfarrers, kennengelernt und sich in sie verliebt. Da er die Absicht hatte, das junge Mädchen zu heiraten, versuchte er zweimal vergeblich, seine Ehe zu lösen. Als Ende August ein Einbruchsversuch in Seeheim verübt und ein Gärtnerbursche auf frischer Tat ertappt wurde, faßte Scholz gegen seine Gattin Verdacht, sie habe den Burschen gedungen, um Fräulein Richter, die Pfarrerstochter, die ebenfalls in Seeheim wohnt, zu ermorden. Natürlich war von vornherein klar, daß diese furchtbare Beschuldigung auf sehr schwacher Grundlage stand. Gestern wurde von dem Konstanzer Jugendgericht die Angelegenheit geklärt und die völlige Unschuld der Frau von Scholz erwiesen.

Vor den Richtern hatte sich der 17jährige, aus Konstanz gebürtige Gärtnerbursche Rudolf Reichel wegen versuchten Einbruchdiebstahls zu verantworten. Der jugendliche Angeklagte war im Garten des Dichters ausbilfsweise mit Gärtnerarbeiten beschäftigt worden. Bei dieser Gelegenheit faßte er den Plan, sich durch einen Einbruch Geld zu verschaffen. Er stieg des Abends in ein Fenster ein. Als er plötzlich Lärm hörte, versteckte er sich unter einer Bettstelle. Reichel glaubte, in einem Zimmer des Gutsverwalters zu sein. Es war aber das Zimmer der Pfarrerstochter, die in diesem Augenblick eintrat, um schlafen zu gehen. Gewohnheitsmäßig schaute sie im Schrank und unter dem Bett nach, ob sich nicht irgendein Verbrecher eingeschlichen hätte. Dabei entdeckte sie den Mann unter ihrem Bett, und schrie laut um Hilfe. Wilhelm von Scholz hörte ihre Stimme und kam mit einem Revolver herbeigeeilt. Der Einbrecher, der zur Verhütung von Fingerabdrücken Handschuhe trug, ließ sich willig abführen und der Polizei übergeben.

Der Dichter war der Ansicht, es könne sich um keinen Einbruchsversuch handeln, weil der Bursche, während noch niemand im Zimmer war, Zeit genug gehabt hätte, seine Habsucht zu befriedigen. Aus diesem Grunde erhob er die schwere Anklage gegen seine Frau. Vor Gericht erklärte gestern der Angeklagte, daß er Frau von Scholz gar nicht kenne und auch nie von ihr einen Auftrag erhalten habe. Das Gericht kam zu der Auffassung, daß den Angaben Reichels unbedingt Glauben zu schenken wäre. Der Angeklagte wurde daraufhin wegen des Einbruchsversuchs zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß alle Verdächtigungen gegen Frau von Scholz durch das Geständnis des Täters hinfällig geworden seien.

Zweimal eine Haftstrafe abgesessen

Mit der Aufklärung eines eigenartigen Vorfalls, der sich im Berliner Stadtvogteigefängnis in der Dierkfenstraße abgespielt hat, beschäftigt sich gegenwärtig das Strafvollzugsamt.

Der Kaufmann Ulrich S. aus Oberlichtenau i. Sa. war im vorigen Jahre vom Amtsgericht Frankenberg i. Sa. wegen Vergehens gegen das Radiogesetz zu einer Geldstrafe von 250 Mark verurteilt worden. In der Berufungsinstanz vor dem Landgericht Chemnitz wurde die Strafe auf 100 Mark ermäßigt und für je 20 Mark ein Tag Haft angeordnet. Kurze Zeit darauf siedelte der Verurteilte nach Berlin über und verbüßte in der Zeit vom 17. bis 22. September im Berliner Stadtvogteigefängnis die fünf Tage Haftstrafe. Damit war die Angelegheit an sich erledigt.

Vor etwa 14 Tagen erschienen jedoch plötzlich unerwartet Beamte der Berliner Kriminalpolizei in der Wohnung des S. mit einem richterlichen Haftbefehl vom Amtsgericht in Frankenberg. S. sollte seine Haftstrafe verbüßen. Aller Protest des Arrestanten war vergeblich, die Beamten brachten den Festgenommenen nach dem Stadtvogteigefängnis und hier mußte S. vom 29. Oktober bis zum 3. November zum zweiten Male seine Strafe absitzen. Gegen diese unrechtmäßige Verhaftung erhob der Eingekerkerte im Gefängnis nochmals Widerspruch mit dem Ergebnis, daß am vierten Tage der Gefängnisdirektor in der Zelle des S. erschien, und dem Gefangenen für seine „unrechtmäßigen Beschwerden" einen Tag verschärften Arrest auddiktierte, den er in einer Dunkelzelle bei Wasser und Brot verbüßen mußte.

20 000 Trauergäste beim Begräbnis einer Hausgehilfin

Eine unabsehbare Menschenmenge wohnte in Wien dem Begräbnis des Kindermädchens Margarete Manhardt bei. Sechzig Schutzleute mußten Dienst tun, um den Trauerzug zu ordnen, der eine Länge von Kilometern hatte und an dem ungefähr 20 000 Menschen teilnahmen. Margarete Manhardt war bei einem Ehepaar in Stellung gewesen und ging Freitag mit den Kindern ihrer Dienstgeber spazieren. Sie führte dabei den dreijährigen Georg an der Hand, während die zweijährige Gertrud in einem Kinderwagen lag, den das Mädchen vor sich her schob. Beim Ueberschreiten einer Straße fuhr ein Bierwagen in die Gruppe. Margarete Manhardt gerät zwischen die Pferde, hatte aber noch die Geistesgegenwart, den Knaben auf den Gehsteig zurück und den Kinderwagen nach vorn zu stoßen. So wurden die Kinder gerettet, während der Bierwagen über die Hausgehilfin hinwegging. Sie starb auf dem Transport ins Krankenhaus. Die Gemeinde Wien widmete dem Mädchen ein Ehrengrab.

Ein tragischer Unfall

Paris, 12. Nov. In Villedieu wollte eine Frau einen jungen Hund in einen Fluß werfen, um ihn zu ertränken. Sie verlor dabei das Uebergewicht, fiel selbst hinein und ertrank. Der Hund rettete sich.

Zum modernen Kleid
gehört moderner Schmuck
in großer Auswahl bei
Georg Dunker, Juwelier
Leipziger Straße 19
6818

Das rote Gemach

15] **Roman von E. Kießling-Valentin.**

„In diesem Prozeß war Doktor Beneke in sehr üßler Weise verwickelt."

„Nanu, nanu?"

„Mein Vetter Munzer, — der Berliner Rechtsanwalt, den Sie kennen, — hatte die Verteidigung des Doktors übernommen, daher weiß ich alle Einzelheiten ziemlich genau. Ich war in jener Zeit bei meinen Verwandten und erlebte die Aufregungen alle mit ihnen. Doktor Beneke hatte nämlich eine Geliebte —"

„Aha —"

„— die Direktrice eines der ersten Berliner Modehäuser und eine bildhübsche Person gewesen ist," erzählte Frau Munzer mit breiter Behaglichkeit weiter. „Er lernte sie auf einem Balle kennen und zwischen beiden entspann sich sofort ein leidenschaftliches Liebesverhältnis. Der Doktor hatte gerade eine reiche Tante beerbt, reiste mit Lisbeth Gerlach, nahm sie auf allen seinen beruflichen Fahrten mit. Sie lebten als Herr und Frau Beneke in den ersten Hotels. Eines Tages kehrte er allein nach Berlin zurück. Acht Wochen später wurde die Leiche des Mädchens auf dem Feldberg, wo das Paar zuletzt zum Wintersport gewesen war, gefunden!"

„Donnerwetter!"

„Schuß im Kopf."

„Das ist ja — — — Na, und weiter," drängte Matthy aufgeregt, da Frau Munzer eine Pause machte.

„Beneke wurde natürlich sofort verhaftet, die Verwandten der Lisbeth Gerlach leiteten einen Untersuchungsprozeß ein, unzählige Zeugen wurden vorgeladen, aber es kam nichts heraus. Beneke behauptete, daß er das Mädchen zuletzt bei seiner Abreise gesehen und seither nichts mehr von ihm gehört habe."

„Ja, hat es ihn denn nicht betrendet, daß er wochenlang ohne Nachricht von ihr war?"

„Gewiß. Aber er glaubte dies auf einen Streit zurückführen zu müssen, den sie vor seiner Abreise gehabt und durch den sie sich verärgert getrennt hätten."

„Und wie kam das Mädchen zu der Waffe?"

„Die hatte ihr Doktor Beneke auf ihren eigenen Wunsch im Anfang ihrer Bekanntschaft geschenkt. Sagt Doktor Beneke."

„Na, ich danke. Und auf diesen Aussagen hin wurde der Mann freigesprochen?"

„Ja."

Matthy schlug leicht mit der Hand auf den Tisch.

„Das ist ja eine nette Geschichte. Und sowas lädt sich das Ehepaar Reymann einfach ein. Na, ich danke! Sie müßten Konstantia die Sache mal erzählen. Ich hielte das für unbedingt nötig —"

„Damit sie mich ansaucht wie eine wilde Katze. Nee, is nich! Tun sie es doch, lieber Theo. Ich habe ihr schon manches in ihrem Interesse beibringen wollen und bin immer an ihrem Hochmut gescheitert. Sie wissen doch, wie sie sein kann. Statt einem dankbar zu sein, sagt sie, sie wolle von Klatsch nichts wissen. Als ob das Klatsch wäre, die Geschichte von Doktor Beneke!"

„Ich sagte ja: der Mann gefällt mir nicht. Ich glaube, er hat sich noch niemandem vorstellen lassen. Mir vielleicht nur deshalb, weil ich bei Konstantia stand, als Reymann ihn zu ihr brachte. Das läßt mir natürlich keine Ruhe, das muß man Reymann mitteilen. Zum mindesten ist der Mensch ein verdächtiger Geselle."

Frau Munzer war sehr zufrieden mit dem Eindruck ihrer Erzählung.

„Sie können auch noch Arnold Rogge fragen," sagte sie leichtlin. „Er ist Berliner Jurist und kennt die Angelegenheit. Fragen Sie ihn nachher mal gleich, — morgen reist er wieder ab."

Das Aufheben der Tafel unterbrach das Gespräch.

Man verteilte sich in den anliegenden Räumen, während sich die Dienerschaft sofort an das Abräumen und Zusammenschieben der Tische machte.

Kaffee und Liköre wurden herumgereicht. Man plauderte im Stehen.

„Nehmen Sie einen „Dubbelt Güldenwasser", sagte Conrad Vallentin zu Doktor Beneke, als dieser die Serie der verschiedenen Flaschen auf dem Tablett des Dieners musterte. „Echter Danziger Lachs! Sie wissen doch, daß der Holländer Ambrosius Vermöllen die weltbekannte Likörfabrik zum „Lachs" hier bei uns gegründet hat? Als Schüler habe ich mir schon den Kopf zerbrochen, weshalb „Dubbelt Güldenwasser" und „Churfürstlicher Magen" schon in der „Minna von Barnhelm" so beliebte Marken waren. Im Laufe der Jahre ist mir aber das Verständnis ganz lustig aufgegangen. Trinken Sie, trinken Sie! Ein geistlicher Magen wie der meine versteht dergleichen Stoffe einzuschätzen." Und er lachte dröhnend und in behaglicher Stimmung infolge des vorzüglichen Mahles, das er hinter sich hatte.

Beneke hatte ein Goldwasser hinuntergegossen und setzte das Glas mit einem ehrlichen Lob auf dem Kaminvorsatz neben sich ab. Als er den Herrn neben Vallentin erblickte, der ihn so eingehend musterte, erinnerte er sich der lästigen Pflicht des Vorstellens.

„Darf ich Sie bitten, mich bekannt zu machen —"

„Oh — Sie kennen sich noch nicht?" fragte Vallentin vergnügt. „Herr Doktor Beneke, — Herr Doktor Arnold Rogge — —"

Die Herren verbeugten sich mit auffallender Steifheit.

„Ich bin Jurist in Berlin," sagte Rogge langsam, — — jedes Wort betonend.

Beneke stutzte über den Ton, sah in die inquisitorisch auf ihn gerichteten Augen des Justizrates und lächelte dann, ohne etwas zu erwidern.

Auch dieser sprach nicht mehr und entfernte sich mit einer nochmaligen Verbeugung eilig, als ob er jemanden suchen wollte.

„Was hat denn Rogge?" fragte Konstantia stirnrunzelnd. Sie stand noch neben dem Doktor, da die Paare zusammen die Nebenräume betreten hatten, und hielt ihre kleine Mokkatasse in der Hand.

Es fiel ihr auf, daß aus einer Nebengruppe, deren Mittelpunkt Frau Margret Munzer bildete, und der jetzt Justizrat Rogge zustrebte, auffallende Blicke zu Beneke herübergeschickt wurden.

Wahrscheinlich hatte es Anstoß erregt, daß der Großstädter sich noch nicht überall bekannt gemacht hatte. Sie wollte gleich Georg Paleske, ihren Mann oder Theo Matthy bitten, den Doktor herumzuführen.

Da sie des Pseudopaters weißes Gewand mit dem schwarzen Ueberwurf unter der Tür zum Nebenzimmer auftauchen sah, ging sie auf ihn zu und trug ihm ihre Bitte vor.

Matthy zog die Hand seiner Cousine langsam an die Lippen und hielt sie eine Weile fest.

„Du duftest wie eine berauschende Blüte des Südens, Konstantia. Wie schön du aussiehst, schöner, als für mein armes Priesterherz zuträglich ist. Den Doktor soll ich also herumführen? Und überall bekannt machen? Hm. — Angenehm ist der Auftrag gerade nicht. Wer weiß, ob es den Herrschaften recht ist?"

„Dummkopf, was dass heißen, Theo? Der Doktor ist unser Gast, — also — —!"

„Bunktum, treu Sand herum. Das ist so deine energische Art, kommen, kommen, kommen, weiß schon. Aber sag mal — — — habt ihr euch so ganz richtig informiert, wer dieser Doktor Beneke eigentlich ist?"

„Gott, Georg stellte ihn mir auf der Reise von Berlin hierher vor."

„Und woher kennt ihn Georg?"

„Du bist langweilig, Theo, mit deiner Inquisitions-Miene", antwortete Konstantia ärgerlich. „Er wird ihn schon gekannt haben, wenn er ihn mir vorstellte."

(Fortsetzung folgt.)

Sanitäre Artikel, Damenbinden, Hygienische Bedarfsartikel — Spezialgeschäft Gummi-Bieder, Gr. Steinstraße, Nähe Markt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192611132-14/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 12. November.

Ein Hallescher Nobelpreisträger

Unter den jetzt in Stockholm verkündeten Nobelpreisträgern befindet sich auch ein Hallescher Gelehrter, nämlich der Professor der Physik an der Universität Halle-Wittenberg Dr. Gustav Hertz. Er erhielt den Physikpreis des Jahres 1925 für Elektronenerfassungen.

Zu verschiedenen Meldungen wird irrtümlicherweise der ordentliche Professor der Physik Paul Hertz als Preisträger genannt.

Post und Publikum

Vortrag und Aussprache bei der Oberpostdirektion Halle.

Die begrüßenswerte Einrichtung der Oberpostdirektion, in den halben Jahre die maßgebenden Leiter des hiesigen Postbezirks mit Vertretern aus Handel und Wirtschaft sowie der Presse zu einer Besprechung zusammenzubringen, hatte am Montag wieder zu einer Zusammenkunft geführt, die manche wertvolle Anregung brachte.

Nach der Begrüßung durch den Präsidenten der hiesigen Oberpostdirektion Kranz hielt Postrat Strecker einen ausgezeichneten verständlichen, übersichtlichen Vortrag über die Stellung der deutschen Reichspost nach dem Reichspostfinanzgesetz vom 6. März 1924. An Hand von reichhaltigen Tabellen, die als Wandbilder gezeigt wurden, zeigte er die Umgestaltung und Entwicklung der deutschen Reichspost und beleuchtete die Aufgaben und Funktionen der einzelnen Instanzen unter besonderer Berücksichtigung des wichtigsten Verwaltungskörpers, dem Verwaltungsrat der Reichspost mit seinen 40 Mitgliedern.

Ebenso interessant, allerdings mehr von lokaler Bedeutung waren die Ausführungen von Oberpostrat Krämer über die Änderung der Fernsprechanschlußnummern. Die Umstellung des Ortsamtes Halle vom Zehntausender- auf den Hundertausenderbetrieb ist ja erst vor kurzem bei uns erfolgt, und man wird sich dabei gern erzählen, daß der in Halle steigende Verkehr — der ebenfalls an gut bearbeiteten Tabellen erläutert wurde — diese Änderung notwendig machte. Während zu Beginn des Jahres noch 40 000 Kilometer Telephonleitungen in Halle lagen, waren es

jetzt bereits 46 000 Kilometer Telephonleitungen.

Sind während im ganzen Reiche auf 1000 Einwohner 40 Anschlüsse kommen, sind es bei uns deren 60. Von den neugelegten Kabeln wurde ein kleiner Ausschnitt gezeigt, sie haben einen Durchmesser von 7 Zentimetern und enthalten 1400 durch Papier isolierte Leitungen. Ihre Schwere bedingt es allerdings, daß sie nicht über 250 Meter lang angefertigt werden können und dann beim Legen der Kabel einzeln zusammengelötet werden müssen, was eine besonders mühsame Aufgabe ist.

Ein altes Kabel, das man jetzt entfernte, enthielt nur 50 Leitungen; es war genau vor fünfzig Jahren gelegt worden als eines der ersten und stellte die Verbindung Halle—Berlin her. — Man hofft außerdem, bald nur noch unterirdische Leitungen zu haben, die größere Sicherheit garantieren.

Besonders erfreulich war aber zu hören von der

Rundfunktätigkeit in unserer Stadt.

Während 1924/25 nur wenige sich die damals teure Einrichtung leisten konnten, laufen jetzt täglich zahlreiche Neuanmeldungen ein, so daß augenblicklich 3081 Familien an 3 allen Kreisen in Halle täglich dem Rundfunk lauschen.

Anschauliche Lichtbilder gaben einen Einblick sowohl in das Stellwählersystem beim Fernsprecher wie in den umfangreichen Fernverkehr, der sich weit ins Ausland erstreckt. Eine telephonische Verbindung mit England steht nach Angaben des Präsidenten in Kürze bevor.

Während bei den Vorträgen die Anwesenden viel Lehrreiches hörten, brachten sie in der darauf folgenden

Aussprache

viele Wünsche und Anregungen vor. Vor allem sprach die Handelskammer im Namen der von ihr vertretenen Berufsstände manches Anliegen aus; da galt es manche Unstimmigkeiten zu klären, was in allen Fällen sehr schnell gelangt, da wurden längere Schalterdienststunden gefordert, beschleunigte Paketzustellung u. a. m.

Von allgemeinem Interesse wird es sein zu hören, ob der Schalterbeamte verpflichtet ist, Zahlkarten oder sonstige Sendungen zu frankieren, da es sicher mancher schon erlebt hat, daß er bei großem Andrang nach langem Warten am Schalter erfährt, daß er erst „nebenan" sich die nötigen Freimarken beschaffen muß. Die amtliche Bestimmung lautet, daß sämtliche Sendungen vom Absender mit Marken zu versehen sind, aber eine neuere Verfügung besagt, daß zur schnelleren Abwicklung auch der **Beamte, der die Sendung annimmt, frankieren muß, wenn es noch nicht — oder nicht in genügender Höhe geschehen ist. Besonderer Wert wird dabei von der Leitung auf Höflichkeit der Beamten im Verkehr mit dem Publikum gelegt!**

Die Einrichtung eines Postscheckamtes in Halle,

die vom Zentralverband des Großhandels angeregt wurde, wird von der Oberpostdirektion weiter geprüft werden.

Die Aussprache zeigte von neuem, wie gern von dieser Einrichtung Gebrauch gemacht wird und wie man es den leitenden Stellen der Oberpostdirektion zu danken weiß, daß sie bei allen ihren Maßnahmen Hand in Hand gehen will mit dem Publikum, das an der Post begreiflicherweise ein starkes Interesse hat.

— Kirche und Ehesühnetermine. Auf Antrag des Evangelischen Oberkirchenrates hat der Justizminister für Preußen verfügt, daß die Geistlichen in Ehesachen ihrer Gemeindeglieder allgemein von dem Sühnetermin Kenntnis erhalten und daß die Benachrichtigung rechtzeitig erfolgt, um eine eventuelle Einwirkung der Geistlichen noch vor dem Sühnetermin zu ermöglichen. Für die feelsorgerliche Tätigkeit der Kirche ist diese Verfügung von ebenso großer Bedeutung wie für die allgemeine innere Gesundung unseres Volkes.

— Pädagogische Tagung der katholischen Geistlichen und katholischer Lehrer. Der 100jährige Todestag des großen Pädagogen Overberg führte kürzlich eine große Anzahl katholischer Geistlicher und Lehrer in Halle zu gemeinsamer Tagung und gemeinsamer Arbeit zusammen. Morgens 9 Uhr wurde die Tagung mit feierlichem Levitenamte in der St. Franziskus- und Elisabetkirche eröffnet. Durch den Schülerinnenchor der katholischen Schule unter Leitung seines Chorregenten Pohlei, wurde in mustergültiger Weise die Cäcilienmesse von J. Gruber zur Aufführung gebracht. Um 10 Uhr wurde die Versammlung im Stadtschülerhaus mit dem Tenzeit „Herr meine Augen auf!", von Mendelssohn, durch den Schülerinnenchor eröffnet und durch Domkapitular Schrage-Torgau begrüßt. Er gedachte des großen Pädagogen, des „Lehrers der Lehrer", der Geistlicher und Lehrer zugleich war, und ermunterte die Versammlung, eine „Entente cordiale" zu schließen zu gemeinsamer Arbeit für Kirche, Schule und Vaterland. Rektor Hähne-Bitterfeld referierte auf physchologischer und philosophischer Grundlage nach den Ideen Försters Sprangers über das Thema „Die sittliche Entwicklung der Jugend". Im Mittelpunkt stand als Leitstern in der Erziehung der Aufgabe der Gedanke: „Der Weg zum Herzen der Jugend und zu deren Erretung geht durch das Verstehen". Domprobst Dr. Linneborn-Paderborn besprach „Zeitfragen", die sowohl die Geistlichen wie die Lehrer interessieren, Lehrerbildung, Konfessions-, Grund- und Privatschule, Bedeutung der Lehrerarbeit in der Schule in der Heranbildung der „Gesamtpersönlichkeit", zum guten Staatsbürger, womit eine wichtige, grundlegende vaterländische Arbeit geleistet wird. Unter Leitung von Rektor Splett fand hieran eine Besprechung mit den Jungleherern statt bezüglich der geplanten Gemeinschaftsarbeit. Nach gemeinsamem Festmahl vereinigte die Festteilnehmer ein gemeinsames, gemütliches Beisammensein.

Aus Mitteldeutschland

Ein Jesuitenkloster bei Eisleben!

Eisleben, 12. November. Wie wir erfahren, hat der Jesuitenorden durch einen dem Orden angehörigen aus Ungarn gebürtigen und in der Schweiz neutralisierten Grafen H. v. C. die auf Veranlassung der Hypothekengläubiger ausgebotene Herrschaft Klosterode vor den Toren der alten Lutherstadt Eisleben erworben oder sich bereits durch Hinterlegung der nötigen Mittel das Verfügungsrecht gesichert. Schloß und Gut sollen Ordenszwecken dienstbar gemacht werden.

Es ist leider, soweit wir in Erfahrung bringen konnten, den nationalen Kreisen trotz aller Bemühungen nicht möglich gewesen, die angeblich erforderlichen fünf Millionen Mark aufzubringen, obwohl man das drohende Unheil kommen sah. Es ist ja leider nur allzu bekannt, daß Nuntius Pacelli seit langem mit dem Plan der Wiedererrichtung eines Bistums Halberstadt liebäugelt, und er wird sich sicherlich über diesen Vorstoß des Jesuitenordens gefreut haben. Hier in der Geburtsstätte des Protestantismus gilt es ganz besonders, angesichts der letzten Vorgänge die Augen aufzuhalten und dem Vordringen der internationalen römischen Kirche entgegenzutreten.

Kadaver als Fleisch verkauft

Der Grund der Typhus-Epidemie bei Magdeburg. — Geständnis und Verhaftung des Fleischers.

Schnarsleben, 12. November. Die Ermittlungen der Behörden nach der Ursache der Paratyphus-Epidemie in Schnarsleben haben zu überraschenden und unerwarteten Ergebnissen geführt. Es wurde jetzt festgestellt, daß der Fleischer Höppner in Schnarsleben den Kadaver eines verendeten Schweines aufgekauft, das Fleisch verarbeitet und an seine Kundschaft verkauft hat. Er hat sein Verbrechen bereits eingestanden. Die Reste des Kadavers, die Höppner nach den schweren Folgen seiner unverantwortlichen Handlung in die Erde eingebuddelt hatte, wurden am Mittwoch nachmittag von der Polizei ausgegraben. Dabei stellte sich heraus, daß Höppner fast das ganze Fleisch des verendeten Tieres verarbeitet hatte, Höppner und seine Frau wurden darauf am Mittwoch abend verhaftet und dem Gerichtsgefängnis in Magdeburg zugeführt.

Um den kommenden Halberstädter Landrat

rl. Halberstadt, 12. Nov. Wir hatten vor kurzem schon einmal mitgeteilt, daß der Nachfolger des vor kurzem verstorbenen Landrats Dr. Wegner wahrscheinlich ein Sozialdemokrat werden würde, trotzdem im Kreistag und im Kreisausschuß eine schwache bürgerliche Mehrheit vorhanden ist. Der Landrat wird von der Regierung ernannt und der Kreistag hat bekanntlich nur ein Vorschlagsrecht. So ist er machtlos und muß sich seinen Leiter von oben herab vorschreiben lassen. Für die Verwaltung des Halberstädter Landkreises soll nun, wie man hört, der sozialdemokratische Landrat des Kreises Quedlinburg Müller bestimmt sein, der demnächst zum kommissarischen Verwalter ernannt werden dürfte. Abgesehen davon, daß Landrat Müller beim Bau des Halberstädter Kreishauses als Bauhandwerker mitgeholfen haben soll, bringt er keinerlei Beziehungen zu unserem meist landwirtschaftlich bebauten Kreis mit. Ob die Auswahl gerade dieses Landrats mit der Zusammenlegung der Kreise Halberstadt, Quedlinburg und Oschersleben, die Herr Müller vor kurzem in breitester Form erörtert hat, zusammenhängt, kann man vor der Hand nicht sagen. Zu gleicher Zeit wird von Osterwieck, der größten Stadt des Kreises, der alte Wunsch wieder aufgefrischt, das Landratsamt von Halberstadt nach Osterwieck zu bekommen. Man hat eine entsprechende Eingabe in Berlin gemacht, die bei der bevorstehenden Verwaltungsreform mit geprüft werden soll. Wenn man aber an die unglücklichen Verkehrsverhältnisse in Osterwieck mit seiner aller Augenblicke streikenden Bahn denkt, wird der Wunsch der Osterwiecker kaum Erfüllung finden

---

Grübers, 12. Nov. (Zu dem Unfall), der sich hier auf Grube Clara-Verein ereignete und bei dem, wie wir bereits meldeten, ein Arbeiter ums Leben kam, erfahren wir, daß sich die Verschüttung durch Bruchschlagen ereignete. Der Verunglückte ist der Bergarbeiter Paul Gruß; er stand im 24. Lebensjahr, war verheiratet und hinterläßt zwei kleine Kinder. Die Leiche konnte erst in der dem Unfall folgenden Nacht geborgen werden.

Solbad Dürrenberg, 12. Nov. (Tod durch Krämpfe.) An Krämpfen verstarb hier plötzlich ein Dienstmädchen in der Engelapotheke. Das junge Mädchen hat schon früher an epileptischen Krämpfen gelitten, jedoch seit Jahresfrist nichts wieder davon verspürt. Plötzlich erlitt sie wieder einen Anfall, wobei wahrscheinlich eine Herzlähmung den Tod herbeiführte. Das Mädchen stammt aus Kötzniß i. S.

Nordhausen, 12. Nov. (Der Schänder seiner Tochter.) Wegen Blutschande wurde unter Ausschluß der Oeffentlichkeit gegen den Arbeiter Karl Wiegand aus Ellrich verhandelt. Der Angeklagte wird beschuldigt, an seiner 18jährigen Tochter unzüchtige Handlungen vorgenommen zu haben. Der Angeklagte ist zum Teil geständig. Das Gericht erkennt dem Antrag des Staatsanwalts gemäß auf ein Jahr Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren.

Leopoldshall, 12. Nov. (Ein düsterer Gedenktag.) Donnerstag waren es 25 Jahre her, daß auf dem Salzbergwerk Ludwig II sich jenes furchtbare Unglück ereignete, durch das 16 arbeitsame, fleißige Bergleute getötet wurden. Durch Erdstoß war der Schacht teilweise eingebrochen.

St. Andreasberg, 11. November. (Ein seltenes Naturschauspiel) wurde hier beobachtet. Bei dem letzten Unwetter, das über dem Harz niederzog, regnete es mit Schnee, vermischt, auch gelbliche Schmutzflocken. Wäsche, die zum Trocknen aufgehängt war, nahm eine braune Farbe an. Wahrscheinlich handelt es sich um Staub aus afrikanischen Wüsten, der durch die Kraft von Wirbelstürmen in große Höhen gerissen worden ist, und dann bei uns mit dem Regen zur Erde niederging. Dieser afrikanische Sandregen währte über eine Stunde lang.

Stolberg, 11. Nov. (Den Oberlandjäger beleidigt.) Wegen Beleidigung war der Maurerpolier Hermann Müller von hier angeklagt. Er war beschuldigt, den Oberlandjäger Schkanat dadurch beleidigt zu haben, daß er behauptete, der Oberlandjäger sei betrunken gewesen und habe dann Streitigkeiten angefangen, in dessen Verlauf er verprügelt worden sei. Auf Grund des Beweisergebnisses beantragte der Staatsanwalt 100 Mark Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf 50 Mark Geldstrafe.

Rothenschirmbach, 12. Nov. (Ueberfahren) wurde am Dienstag mittag der achtjährige Sohn des Landwirts Barth. Der Junge saß in der Schopfstelle, während sein Vater an der Seite des Fuhrwerks ging. An einer Wegebiegung wurde der Junge vom Wagen geschleudert, und die Räder des vollbeladenen Rübenwagens quetschten ihm Oberschenkel und den linken Arm. Ein zufällig vorüberfahrendes Auto brachte den Verletzten nach Gros-Osterhausen zum Arzt, der die Einlieferung in das Querfurter Krankenhaus anordnete.

Graf Luckner in Amerika

Ueber einen Besuch der „Vaterland" im North River schreibt ein Schriftleiter der deutschen „New-Yorker Staats-Zeitung":

Wie ein Ungewitter sauste mein Motorboot durch den Hudson, um an das Schiff zu gelangen, das — um schiffstechnisch zu sprechen — querab von der 7. Str., näher nach New-Jersey als nach New-York liegt. Man erwartete mich nicht, denn ein Zeitungsmann wird nie erwartet. Er kommt auch ohne die obligate Einladung.

Aber schon — man war noch nicht an Deck — empfing mich der erste Offizier, Herr Giermann, und auch Herr Julius Lauterbach. Geleiteten mich Fremdling aus der Riesenstadt in den Empfangssalon, wo sich gleich darauf Seine Exzellenz, Herr Dr. Schultz-Ewerth, der Präsident der deutschen Luckner-Vereinigung und letzter Gouverneur von Deutsch-Samoa zu mir gesellte.

Um gleich zu beginnen: Das Schiff sieht schon von weitem sehr gut aus. Weiß getrichen. Zwar etwas grauweiß, weil man auch Stürme auf See hatte und eine Farbe nicht ewig von Bestand sein kann, aber doch leuchtend genug, um von beiden Ufern deutlich — und das selbst bei Nebel- und Regenwetter — sichtbar zu sein. Stolz grüßt unter dem Heck und ebenso von den Seiten der Name „Vaterland".

Herr Schultz-Ewerth führte mich nach kurzer Unterhaltung über das Amerika — wie es ist — und über New-York — wie es im besonderen ist — in die Offiziersmesse zum Mittagessen. Man bekommt gewiß nicht an Bord der Vaterland. Ein einfaches deutsches Mittagessen: eine Suppe, ein Fleischgang, Kartoffeln, Gemüse — Blumenkohl à la amerikana erlaubte sich ein Herr zu bemerken — eine Süßspeise.

Die Messe ist ein einfaches Zimmer, mit Radierungen und sonstigem Schmuck sehr freundlich gestaltet. Ein Grammophon in der einen Ecke. Flinke Matrosen sind die Kellner, und sie machen die Sache sehr gut.

Bis dahin hatte ich nur die Frau Gräfin kennen gelernt. Man machte schon vieles sagen und noch etwas mehr. Doch sagen wir: eine liebreizende Frau, gewinnend, freundlich alle Zeit, mit einem Lächeln und einem fröhlichen Gesicht.

Und eine liebe Gattin. Verstehend, angestellt vielleicht vom Wohl des Mannes. Eine liebe Gastgeberin, eine Schönheit aus dem hohen Norden. Denn Graf Luckners Gattin ist in Schweden geboren, spricht aber ein Deutsch ohne Akzent und ein sehr gutes Englisch.

Erst etwas später kam der Graf. Strahlend über das ganze Gesicht, daß er einen neuen Besucher in der Neuen Welt vor sich hat.

Sehen so Nationalhelden aus? Ja, denn sie sind Männer der Wirklichkeit, Männer, die die Wirklichkeit gestalteten. Groß, nicht sehr breitschultrig — ich hatte das erwartet — Pfeife im Mund, lebhaft, jovial. Ein blauer Anzug, die Dienstmütze als Offizier der Vaterland. Das war Graf Luckner, wie er mir gegenüberstand.

„Es freut mich herzlich, daß Sie den Weg hierher gefunden haben. Kommen Sie mit mir, wir wollen das Schiff besichtigen." Das waren die ersten Worte.

Und dann sahen wir das Schiff, jeden Winkel, jede Ecke. Wir wollen kurz mit dem Sachlichen beginnen: Das Schiff ist 70 Meter lang, 18 Meter breit und hat 2500 Tonnen Tragfähigkeit bei einem Laderaum von 1535 Brutto-Registertonnen. Der Rumpf ist zum größten Teil aus Eichenholz. Es wurde im Jahre 1919 in Seattle, Washington, hergestellt und in Deutschland für die Weltreise mit völlig neuen Einrichtungen versehen. Die Maschinenanlage, zwei kompressorlose Dieselmotore der Mannheimer Motorenwerke, mit einer Leistung von 500 P. S., sowie auch die Hilfsmaschinen und die gesamte elektrische Einrichtung wurden von deutschen Firmen geliefert.

Das Schiff ist deutsch, und weil es deutsch ist, ist es sauber, adrett. Man hat — nur zu natürlich — für New-York Großreinemachen gehabt — und Frau Gräfin hat selber mitgeholfen beim Deckschruppen.

Jede Kabine ist sauber, bequem, wenn natürlich auch nicht riesig. Jeder Gang breit. Im Aufgang zum Empfangszimmer, dem Salon, der für sich schon ein prächtiges Schaustück an Bord bildet, hängt ein Bild des deutschen Reichspräsidenten, von Hindenburg. Hier ist auch sein Gruß für die glückliche Fahrt der „Vaterland" verewigt. Noch andere Bilder. Und auch Diplome für den Grafen.

Unter anderem ein Anerkennungsschreiben für seine Leistungen, das ihn als Kadettenkapitän a. D. und Doktor honoris causa bezeichnet. Damit war die erste Frage gegeben. Wie wurden Sie Ehrendoktor, warum wurden Sie das, wo wurden Sie das?

Die Antwort kam mit einem schelmischen Lächeln, als Graf Luckner anhub: „Sehen Sie, als ich in dem „Seeadler" fuhr und die englische Blockade für die Fahrt ins weite Meer durchbrach, wurde ich auf der Höhe von Süd-Island von einem englischen Kreuzer angehalten. Man untersuchte mein Schiff für volle zwei Stunden und entließ mich mit den besten Wünschen für eine gute Fahrt. Denken Sie, ein Engländer. Und, alldieweil ich kein Examen in Deutschland bestanden hatte, weil ich schon aus der Quinta heraus in die Welt entfloh, aber jenes Examen bestand, hat man mich in Halle zum Ehrendoktor gemacht.

Graf Luckner ist ein glänzender Plauderer, ein trefflicher Unterhalter. Ein bescheidener Mensch mit großen Gaben, mit Idealen und einem unbeugsamen Willen zum Voran.

Was will die Reise der „Vaterland" bezwecken? Lassen wir es mit den Worten des Grafen beginnen: „Deutschland ist wie ein Schiff, es kann sinken, aber nicht untergehen. Es kann wieder hochkommen, wenn wir alle zusammenstehen. Einer für Alle, Alle für Einen."

Das Wort „Vaterland", das den Schiffsrumpf schmückt, ist Losung und Aufgabe zugleich. Für das Vaterland soll geschafft werden. Im friedlichen Wege durch eine Weltfahrt, die Kunde geben soll, daß der deutsche Geist nie tot war, daß die deutsche Arbeit wieder schafft, daß das Deutschland der Gegenwart noch höher hinaus will und wieder seinen alten Platz an der Sonne erobern will.

— Kleine Kunstnachrichten. Herbert Hirschbergs vieraktiges Bismarck-Drama „Die deutsche Tragödie" gelangt unter Spielleitung des Autors am 13. November in Breslau zur Uraufführung. Bismarck wird von Henry Pleß verkörpert, während Hans Harnier Wilhelm II. darstellt. — „Wind von Alaska", Drama von Peter Flamm, kommt am Kasseler Staatstheater zur Uraufführung. — Hugo von Hofmannsthal hat ein neues Drama vollendet, das Motive aus dem polnischen Leben verarbeitet. Die Schriftstellerin L. Morstin hat bereits die Erlaubnis zur Uebertragung ins Polnische erhalten. — „Das Wirtshaus an der Lahn" ist der Titel eines neuen, von Moritz Lederer und Rudolf Senger verfaßten Volksstückes mit Gesang, in dessen Mittelpunkt die aus Studentenliedern bekannten Figuren der Wirtin von der Lahn und des Bonifazius Kiesewetter stehen. — Prof. Max Reinhardt ist von dem New Yorker Actors Theatre eingeladen worden, bei Gelegenheit seines Besuches in Amerika das neue Stück von O'Neill, „Bagarns Laughed", zu inszenieren. — Der Hamburger Senat ließ der Bürgerschaft einen Antrag auf Nachbewilligung von zunächst 200 000 Mark für den Umbau des Stadttheaters.

— „Philharmonie". Im 4. philharmonischen Konzert am Donnerstag, den 26. Nov., werden die Berliner Philharmoniker unter Dr. Göhler als symphonische Werke Beethovens 2. Symphonie und die „Eroica" zur Aufführung bringen und damit den Beethoven-Cyklus fortsetzen. Karten von Montag ab bei Hochm.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192611132-14/fragment/page=0003

Handelsteil

Der Reichsverband der Deutschen Industrie zur Frage der Weltausstellungen

Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie nahm zu der Frage der Weltausstellungen und zum Berliner Ausstellungsplan für 1930 folgende Entschließung an:

1. Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie ist der Auffassung, daß die Veranstaltung von Weltausstellungen und von Ausstellungen allgemeiner Art in größerem Umfange angesichts der politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands für absehbare Zeit nicht zu verantworten ist. Die ungeheuren Kosten solcher großen Veranstaltungen, die zumeist nur repräsentativen Wert haben und deren Werbeeffekt für die Wirtschaft nur sehr bedingt anerkannt werden kann, liegen zum überwiegenden Teile auf den Schultern des Wirtschaftslebens. Gerade diesem sollten aber im Hinblick auf die Belastung durch Steuern, soziale Abgaben und insbesondere durch die Daweslasten nicht Ausgaben für Dinge zugemutet werden, die für die Wirtschaft nicht lebenswichtig sind. Dies würde auch der Fall sein, wenn eine Ausstellung ohne unmittelbare Beteiligung der Industrie als Aussteller durchgeführt wird; denn in diesem Falle würden die allgemeinen Lasten, insbesondere die Kosten des Aufbaues, aus irgendwelchen öffentlichen Mitteln gedeckt werden müssen, an deren Aufbringung das Wirtschaftsleben in erster Linie beteiligt ist. Inwieweit größere Ausstellungen in sachlich begrenztem Rahmen veranstaltet werden sollen, kann allein von den beteiligten maßgebenden Fachorganisationen des Wirtschaftslebens entschieden werden.

Unter den vorstehenden Gesichtspunkten ist der von der Stadt Berlin dem Reichsverband der Deutschen Industrie vorgetragene und in der Presse eingehend behandelte Plan einer großen internationalen Ausstellung Berlin 1930 zu beurteilen, die sich auf Baukunst, Bauwirtschaft, Kunst und Kunstgewerbe erstreken soll. Die Entscheidung bezüglich der Förderung dieses Unternehmens seitens der Industrie muß zunächst denjenigen fachlichen Organisationen der Wirtschaft vorbehalten bleiben, die an einem solchen Projekt unmittelbar oder mittelbar interessiert sind.

Die maßgebliche Stelle der Industrie für Ausstellungsfragen der Bauwirtschaft ist der zum Zwecke der Abwehr des Baumessen- und Bauausstellungs-Unwesens gegründete „Fachausschuß für die Ausstellungsfragen der Bauwirtschaft" beim Ausstellungs- und Messeamt der Deutschen Industrie. Dieser hat in seiner Sitzung am 9. dieses Monats gegen jede Industrieausstellung oder Messeveranstaltung Protest erhoben, die von außerhalb der Industrie stehenden Kreisen ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Ausstellungs- und Messeamt der Deutschen Industrie in Aussicht genommen wird. Ferner hat sich der Fachausschuß für Ausstellungsfragen der Bauwirtschaft gegen eine internationale Baufachausstellung in Verbindung mit einer Kunst- und Kunstgewerbeschau ausgesprochen. Dagegen hält er weiterhin als Abwehr übertriebener Beanspruchungen seiner Kreise durch Ausstellungsprojekte eine große deutsche Dauer-Baufachausstellung in wirtschaftlich günstigerer Zeit als im Interesse der Bauwirtschaft liegend. Er wird sich in den nächsten Monaten darüber schlüssig werden, in welchem Ausmaße, an welchem Orte und in welchem Jahre diese Ausstellung zur Durchführung gelangt.

Zur Frage der Neuordnung des deutschen Messewesens stellte sich das Präsidium des Reichsverbandes einmütig auf den Standpunkt, daß eine Neuordnung des deutschen Messewesens im Interesse der Wirtschaft dringend zu fordern ist. Es hat von den Vorarbeiten Kenntnis genommen, die seitens des Ausstellungs- und Messeamtes der Deutschen Industrie in dieser Richtung geleistet worden sind. Das Präsidium beauftragte die Geschäftsführung des Ausstellungs- und Messeamtes mit der Ausarbeitung von Vorschlägen, die dem Präsidium und dem Vorstand in der Dezembertagung zur Beschlußfassung vorzulegen sind.

Der Ausschuß des Reichsbundes des Textil-Einzelhandels zur Konsumfinanzierung

Der Ausschuß des Reichsbundes gab in einer aus allen Teilen des Reiches stark besuchten Versammlung am 11. November dieses Jahres einstimmig folgende Erklärung ab:

Die neuerdings zur Erörterung gestellten und in einer Reihe von praktischen Versuchen und Plänen propagierten Einrichtungen des Konsumentenkredits, die durch eine Abtrennung des Kreditgeschäfts vom Warengeschäft dem Verbraucher die ratenweise Bezahlung des Kaufpreises auch bei Inanspruchnahme der auf den Barzahlungsverkehr eingestellten regulären Einzelhandelsgeschäfte ermöglichen wollen, geben zu grundsätzlichen Bedenken Anlaß. Es verbindet sich mit ihnen der Gedanke, daß auf diese Weise eine erhebliche Ausweitung des inländischen Marktes und damit eine Rationalisierung und Verbilligung der Warenerzeugung herbeigeführt werden könne. Ob aber die erzielbare Absatzbelebung bei vorsichtiger Handhabung des Systems überhaupt einen merklichen Einfluß auf den Produktionsprozeß ausüben wird, und ob, wenn dies der Fall ist, sie sich im Endergebnis preissenkend und nicht vielleicht sogar preissteigernd auswirken wird, kann immerhin zweifelhaft erscheinen. Es besteht deshalb und im Hinblick auf die deutsche Wirtschaftslage auch keine Sicherheit dafür, daß in absehbarer Zeit ein ausreichender Zuwachs an Kaufkraft der Bevölkerung erfolgt, ohne den die Vornegnahme solcher Kaufkraft vom Standpunkt der Allgemeinheit aus sinnlos und gefährlich wäre. So weit indessen diese Art der Konsumfinanzierung lediglich dazu dient, die mehr oder weniger ungeordnete Kreditgewährung, wie sie unter den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen auch im Textil-Einzelhandel wieder eingerissen ist, abzulösen und die nun einmal auf Borg kaufenden Kreise der Bevölkerung von den Abzahlungsgeschäften und sogenannten Beamtenorganisationen frei zu machen, sie dem regulären Einzelhandel zuzuführen, wird darin sicherlich ein Fortschritt zu erblicken sein.

Bei weiteren Versuchen in dieser Richtung sollten jedoch folgende Gesichtspunkte Beachtung finden:

1. Es ist durchaus unerwünscht, daß der reguläre Einzelhandel sich am gleichen Platze verschiedener Einrichtungen der Konsumfinanzierung bedient, da der hieraus folgende Wettbewerb die sachlich beste Ausgestaltung gefährdet und der wesentliche Vorteil einer Zentralauskunfts- und Ueberwachungsstelle verloren geht.

2. Die Einrichtung muß so beschaffen sein, daß sie nach Möglichkeit jedem regulären Einzelhandelsgeschäft die Beteiligung gestattet; anderenfalls werden unvermeidliche Gegensätze hervorgerufen, die auch für die an der Einrichtung Beteiligten den Erfolg in Frage stellen können.

3. Die Kosten der Einrichtung müssen so niedrig wie möglich gehalten, und es muß deshalb der Kreis der Kreditnehmer vorsichtig und eng begrenzt werden. Langfristige Verträge mit Geldgebern und Versicherungsunternehmungen sind schon wegen des experimentellen Charakters dieser Art von Geschäften zu vermeiden.

4. Die Kosten des Kredits und der seiner Vermittlung dienenden Einrichtungen sind ausschließlich von denjenigen Verbrauchern aufzubringen, die ihn beanspruchen. Wollte der Einzelhandel diese Kosten auch nur teilweise übernehmen, so würde darin eine Bevorzugung des Kreditkunden liegen, die den durch diese Absatzmethode bedienenden Geschäften die barzahlende Kundschaft selbst dann entfremden müßte, wenn eine Auswirkung auf die Kalkulation vermieden werden könnte.

*

Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen (Hochbahn-Gesellschaft) Berlin. Wie verlautet, werden die Anleihebverhandlungen, die der Durchführung verschiedener Neubauprojekte dienen sollen und von der Hochbahngesellschaft und der Deutschen Bank einerseits mit einer amerikanischen Bankengruppe geführt werden, in Kürze beendet sein. Es handelt sich voraussichtlich um eine 15 Mill.-Dollaranleihe.

Nationale Automobil-Gesellschaft, Berlin. In dem Zulassungsprospekt für 3 Mill. Rm. Sprozentige Obligationen teilt die Verwaltung mit, daß die Gesellschaft mit Aufträgen für In- und Ausland wieder in steigendem Umfange versehen ist, so daß für das laufende Jahr mit einem befriedigenden Erträgnis gerechnet werden kann (i. V. 6 Prozent Dividende). In der Bilanz haben sich unter den Aktiven die Waren auf etwa 7,5 Mill. Rm. und unter den Passiven die Kreditoren auf etwa 3 Mill. Rm. ermäßigt, während sich die Obligationsschuld auf 3 196 500 Rm. erhöhte. Die Umsätze betrugen im Jahre 1924 23 199 200 Rm. und in 1925 30 939 800 Rm. Die Zahl der Angestellten der Gesellschaft beträgt zurzeit rund 350, die der Arbeiter rund 1600.

Sauerstoffwerk Braunschweig A.-G., Braunschweig. In der Anfang Dezember stattfindenden o. H.-V. sollen u. a. verschiedene Abkommen mit der Firma Vereinigte Sauerstoffwerke G. m. b. H., Berlin, genehmigt und die Auflösung der Gesellschaft beschlossen werden.

„Minimax" A.-G., Berlin. Die o. H.-V. genehmigte mit 56 245 Stimmen (einschließlich 30 000 Vorzugsstimmen) gegen 460 Stimmen den bekannten Abschluß für das Geschäftsjahr 1925/26, der die Verteilung einer Dividende von 10 Proz. auf Stammaktien und von 9 Proz. auf Vorzugsaktien vorsieht. Gegen die gleiche Opposition wurde der Verwaltung Entlastung erteilt und die Wiederwahl von vier ausscheidenden A.-R.-Mitgliedern beschlossen. Sodann erteilte die Versammlung gegen eine Opposition von 1460 Stimmen dem A.-R. die Ermächtigung, das Grundkapital um bis zu 1,56 Mill. Rm. zu erhöhen durch Ausgabe von 1,52 Mill. Reichsmark Stammaktien mit einfachem Stimmrecht für je 20 Rm. und 40 000 Rm. Vorzugsaktien mit je 10fachem Stimmrecht für je 20 Rm. Nennbetrag. Die neuen Stammaktien werden von einem Bankenkonsortium übernommen mit der Maßgabe, 1,19 Mill. Rm. hiervon den alten Aktionären im Verhältnis 2 : 1 anzubieten, wobei der Bezugskurs nicht mehr als 8 Proz. über dem Uebernahmekurs des Bankenkonsortiums liegen darf. Der Bezugskurs kann sich durch die Heranziehung der Umstellungsreserve entsprechend vermindern. Die Verwaltung begründet die Kapitalerhöhung mit bereadsichtigten Uebernahme der Perkeo A.-G., die bereits im Frühjahr in den Konzern übergegangen sei, ohne daß damals ein kapitalmäßiger Aktienübergang stattgefunden habe.

Richard Jahr, Trockenplattenfabrik A.-G., Dresden. Die o. H.-V. genehmigte den Abschluß für 1925, wonach der Verlust von 11 621 (i. V. 108 437) Rm. auf neue Rechnung vorgetragen wird.

Zahlungseinstellung einer bänischen Bank. Wie dem DDZ. gemeldet wird, hat die Diskontobank in Esberg (Fünen), die mit einem Aktienkapital von 500 000 Kronen arbeitet, am Donnerstag ihre Zahlungen eingestellt.

Der Saatenstand im Deutschen Reich Anfang November

Die Oktoberwitterung war für die Hackfruchternte und die Herbstbestellung der Felder im allgemeinen wenig günstig. Die Kartoffel- und Rübenernte ist zum größten Teil beendet. Die Erträge entsprechen zumeist nicht den Erwartungen und bleiben ziemlich beträchtlich hinter den vorjährigen Ergebnissen zurück. Durch die ungünstige Witterung wurde fast allenthalben auch die Aussaat des Wintergetreides erschwert und verzögert. Soweit bis jetzt Berichte über den Stand der jungen Saaten vorliegen, lauten diese im allgemeinen nicht ungünstig. Am weitesten vorgeschritten ist die Aussaat des Roggens. Sehr viel weiter zurück ist die Weizenbestellung, insbesondere auf schweren Böden. Wo die junge Saat bereits aufgegangen ist, lautet deren Beurteilung, wie aus den vorliegenden Berichten hervorgeht, in der Regel günstiger als für Roggen. Die Viehweiden zeigen im allgemeinen einen nach reichlichen Wuchs, doch machten Nässe und Kälte, verstärkt durch Ueberschwemmungen in der Niederungen und durch Frost und Schnee in den Hochlagen ihrer Nutzung fast allgemein ein vorzeitiges Ende. Unter Zugrundelegung der bekannten Zahlennoten ergibt sich für die einzelnen Sorten folgende Beurteilung: Winterweizen 2,8 (1925: 2,6), Winterspelz 3,0 (2,4), Winterroggen 2,9 (2,7), Wintergerste 2,6 (2,5).

Die neue Skihütte des Skiklubs Halle

Zur bevorstehenden Einweihung am Sonntag

Dort, wo der sagenumwobene Kaiserweg, der Nordhausen mit der alten Kaiserpfalz Goslar verbindet, seine höchste Stelle zwischen Achtermannshöhe und Königskopf erreicht, rasteten in alten Zeiten die wenigen Wanderer und Kaufleute im Angesicht des damals unzugänglichen Vaters Brocken, um dann so schnell als möglich diese rauhe, unwirtliche Gegend auf dem schmalen, größtenteils morastigen Saumpfade wieder zu verlassen. Der aufmerksame Wanderer, der heute die historische, vielfach verfallene Kaiserstraße zieht, findet außer den alten Grenzsteinen Hannover—Braunschweig noch die Grundmauern des alten „Königskruges" und die Spuren eines alten kaiserlichen Jagd- oder Wasserschlosses. Erst der heutigen Zeit ist es vorbehalten geblieben, dieser Gegend mit ihren wunderbaren Fernblicken an klaren Herbsttagen, der wallenden Nebeln zwischen düsteren Tannen und bunten Eschen und Buchen, dem Hirschschreien in sternklaren Herbstnächten Reize abzugewinnen. Und wenn Ende November der Winter in diesen Höhenlagen seinen Einzug hält, dann verwandelt sich die Landschaft in ein Bild von märchenhafter Schönheit, das sich erst dem Skiläufer in seiner ganzen Pracht erschließt.

In dieser herrlichen Gegend, unmittelbar neben dem braunschweigischen Forsthaus Königskrug, erhebt sich seit einigen Wochen

ein schmuckes, schönes Häuschen,

die neue Skihütte des Skiklubs Halle, deren feierliche Einweihung am kommenden Sonntag vonstatten gehen wird. Es sei uns vergönnt, hier kurz auf Entstehung und Einrichtung der Skihütte einzugehen. Bei der Suche nach einem geeigneten Bauplatz durften einige wichtige Gesichtspunkte nicht außer acht gelassen werden. Da die Zahl der Schneelage von der Höhenlage abhängt, kam nur ein Ort des Oberharzes in mindestens 700 Meter Höhe in Frage. Ferner ist es vorteilhaft, seinen Standort in unmittelbarer Nähe höherer Erhebungen zu suchen, da dort natürlich die Schneeverhältnisse noch sicherer sind. Deshalb muß die Lage der Hütte in 760 Meter Höhe und mit 2 Stunden Entfernung vom Brockengipfel als sehr günstig gelten, so daß man wohl sagen kann, daß von der Hallschen Hütte aus von Mitte November bis Mitte April der Skisport selbst bei ungünstigstem Wetter betrieben werden kann. Ferner sollte die Hütte mitten im Walde fernab von allen Ortschaften liegen, um den Sportbetrieb nicht durch Dielen- und Jazzband-Betrieb zu stören.

Durch die Lage unmittelbar neben einem Forsthaus ist die Hütte aber trotzdem gegen Einbruch usw. geschützt. Vom Bahnhof Braunlage ist die Hütte ¾ Stunde, von Andreasberg und Elend etwa 1½ bis 2 Stunden entfernt und so sowohl von der Nord- wie von der Südseite des Harzes bequem zu erreichen. Der Skiklub Halle preist sich deshalb glücklich, ein Fleckchen Erde in so idyllischer Lage gefunden zu haben.

Welche Schwierigkeiten in jahrelanger Arbeit überwunden werden mußten, um überhaupt die Genehmigung zu erhalten, die Hütte auf fiskalischem Grund und Boden mitten im Walde zu errichten, kann hier übergangen werden. Doch muß auch hier den braunschweigischen Forst- und Regierungsbehörden für ihr Entgegenkommen gedankt werden. Wenn die Forstbehörden ihre grundsätzlichen Bedenken wegen etwaiger Forst- und Wildschäden zurückstellten in weitsichtiger Erkenntnis, daß nicht bloß das Wild gehegt und gepflegt werden muß, sondern auch der Großstadtmensch und besonders die Großstadtjugend diese Pflege braucht, so kann auch umgekehrt die Versicherung gegeben werden, daß den Skiläufer wie jedem echten Sportsmann Liebe zur Natur Herzenssache ist.

Die Skihütte selbst präsentiert sich dem Beschauer als ein schmuckes Häuschen von etwa

10 × 10 Meter im Grundriß mit Keller, Erdgeschoß, Obergeschoß und Dachgeschoß.

Besonderer Wert wurde auf ein gefälliges Aussehen des Häuschens gelegt, das sich denn auch mit seinen dunklen Grundmauern, der hellen Holzbekleidung, dem tief heruntergezogenen roten Dach und den bunten Fensterläden der Umgebung gut anpaßt. Im Erdgeschoß befindet sich der Eingang zum Abstellen der Schneeschuhe, ein Wasch- und Toilettenraum, eine geräumige Wohnküche mit großem Herd und vor allem die Zierde des Ganzen, ein großes Klubzimmer mit Kachelofen, eichenen Tischen und Truhen. Im Obergeschoß befinden sich ein Schlafzimmer für Damen mit etwa 6—8 Betten, ein Schlafraum für Herren mit 15—20 Betten, ein Familienzimmer und ein Raum mit Matratzenlager; im Bodengeschoß schließlich wieder ein Einzelzimmer und Raum für Matratzenlager. Bei der Innenraumeinrichtung (Fenstervorhänge usw.) ist trotz aller Zweckmäßigkeit der heutige, durch Wohnungskultur geläuterte Geschmack maßgebend gewesen. Der gediegene Bau bietet natürlich genügend Schutz gegen Wind und Wetter; er ist nach einem Entwurf von Regierungsbaumeister Facilides hergestellt von der Firma Werner in Kalbe (Saale).

Mit Inbetriebnahme der Skihütte ist ein Stück Vereinsgeschichte abgeschlossen, das reich an verantwortungsvoller und verantwortungsfreudiger Verwaltungsarbeit war; ein Stück Vereinsgeschichte soll nun beginnen, das die Früchte dieser Arbeit durch intensive Arbeit auf sportlichem Gebiete pflücken soll.

Das Hallesche Sportleben ist um eine wertvolle Einrichtung bereichert; die Hallesche Hütte wird den Namen unserer Heimatstadt in weite Kreise unseres Vaterlandes tragen.

Das Programm der Einweihungsfeier

Die Einweihung der Skihütte am Sonntag mittags ½1 Uhr wird in einer schlichten Feier bestehen, an der außer Vertretern der braunschweigischen Forstbehörden und Vertretern des Hauptvorstandes des Oberharzer Skiklubs und des Deutschen Skiverbandes noch eine große Zahl angehöriger befreundeter Vereine des Skiklubs Halle teilnehmen werden. Die Gemeinde Braunlage wird durch einige Mitglieder der Kurkapelle Braunlage zur Verschönerung der Feier beitragen.

Am Sonntag verkehrt ein Sonderzug mit Anschluß nach Braunlage für jedermann; Halle ab 7.24 Uhr vormittags, Halle an 11.27 Uhr nachmittags.

Auch für Nichtteilnehmer an der Feier bietet sich Gelegenheit zu ausgedehnten Wanderungen durch die prächtig gefärbten Laub- und Mischwälder des Südharzes.

Trockenskikurs

Der Skiklub Halle E. V. hält am 17., 18., 25. November und 1. Dezember in „Mars-la-Tour" abends 8 Uhr für Mitglieder und Nichtmitglieder durch einen geprüften Skilehrer Trockenkurse ab. Auskunft und Anmeldung durch die bekannten Sportgeschäfte und an den Uebungsabenden. Am 26. Dezember beginnt ein 14tägiger Geländekurs im Hüttengebiet für Anfänger und Fortgeschrittene und Jugendliche.

Pferdesport

Unsere Voraussagen.

Strausberg.

1. Spiritist (Jrkutsk) Spero; 2. Ondina (Jrkutsk) Willkommen; 3. Chronos — Theos; 4. Alarid — Hagard; 6. Florfina — Fis [illegible] guick.

Saint-Cloud.

1. Beg Meil — Bohemienne; 2. Goulet Flori — Embauchoir; 3. Muscadet — Anchise; 4. Gerbert — Stall Charmillon; 5. Bubon — Princessina; 6. Le Rocher II — Altissima.

Mit dem heutigen Rennen nimmt die Flach-Rennsaison ihr Ende.

Druck und Verlag von Otto Thiele.
Leitet. der Redaktion Adolf Lindemann.
Verantwortlich für Politik: Adolf Lindemann; für Kolonial- und Unterhaltung: Dr. Otto Erdmann; für Volkswirtschaft: Mittelwirtschaft und Sport: Dr. Hans Hermanides; für den Anzeigenteil: Paul Berlin; sämtlich in Halle. — Sprechstunden der Schriftleitung: Hauptschriftleitung 12—1 Uhr, übrige Schriftleitung 11—13 Uhr. — Berliner Schriftleitung: Berlin SW 61, Blücherstraße 12. Setzung: Alfred [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192611132-14/fragment/page=0004